

EUROPA

„Am Veto scheitern“



HENNING SCHMIDT / ACTION PRESS

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, 55, will die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum verhindern und Sanktionen für Zuwanderer bei Sozialschutz verschärfen.

SPIEGEL: Die europäischen Justiz- und Innenminister wollen am Donnerstag über die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum entscheiden. Dann könnten Bürger aus Nicht-EU-Staaten mit bulgarischen und rumänischen Visa einreisen, und die Grenzkontrollen zu diesen Staaten fielen weg. Ist Ihnen wohl dabei?

Friedrich: Nein. Und deswegen werde ich – wenn dies auf der Tagesordnung des Rates verbleiben sollte – gegen die sogenannte Schengen-Vollanwendung von Rumänien und Bulgarien stimmen. Wenn Rumänien und Bulgarien auf der Abstimmung bestehen, wird der Vorstoß am deutschen Veto scheitern. Auch die Überlegung, nur Teilbereiche freizugeben, also die Einreise über Luft- und Seehäfen, ist vom Tisch.

SPIEGEL: Was sind die Gründe dafür?

Friedrich: Die EU prüft seit längerem, ob Rumänien und Bulgarien reif für die Aufnahme in den Schengen-Raum sind. Der letzte Jahresbericht hat Fortschritte verzeichnet, aber sie reichen nicht aus. Nach wie vor müssen Bulgarien und Rumänien entschiedener gegen Korruption vorgehen. Wer sich durch Bestechung sein Visum beschafft, könnte – ohne weitere Kontrollen – bis nach Deutschland reisen. Die Erweiterung des Schengen-Raums

wird von unseren Bürgern nur akzeptiert, wenn die grundlegenden Voraussetzungen sichergestellt sind. Das ist derzeit nicht der Fall.

SPIEGEL: Die Bürgermeister deutscher Städte warnen vor Armutszuwanderung, wenn ab 2014 rumänische und bulgarische Arbeitnehmer in der ganzen EU arbeiten und leben können.

Friedrich: Das Recht auf Freizügigkeit bedeutet, dass jeder EU-Bürger sich in jedem Mitgliedsland aufhalten kann, wenn er dort arbeitet oder studiert. Jeder EU-Bürger, der diese Voraussetzungen erfüllt, ist bei uns willkommen. Wer aber nur kommt, um Sozialleistungen zu kassieren, und das Freizügigkeitsrecht missbraucht, der muss wirksam davon abgehalten werden.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das schaffen?

Friedrich: Die EU-Kommission hat dafür zu sorgen, dass Rumänien und Bulgarien die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel auch für die Menschen tatsächlich verwenden. Darüber hinaus will ich die Sanktionen für versuchten Sozialbetrug verschärfen. Das könnte zum Beispiel eine Wiedereinreisepflicht für diejenigen sein, die wir zurückgeschickt haben. Dafür will ich in Brüssel werben. Es kann nicht sein, dass sich irgendwann einmal aus ganz Europa die Leute auf den Weg machen nach dem Motto: In Deutschland gibt es die höchsten Sozialleistungen.

SPIEGEL: In der EU-Kommission werden Sie mit dieser Haltung wenig Freude auslösen.

Friedrich: Die EU-Kommission wird lernen müssen, die Sichtweisen und Befindlichkeiten der Menschen in den Mitgliedstaaten stärker zu beachten. Die Grundhaltung, „da drücken wir jetzt mal ein Auge zu, Hauptsache die EU wächst immer weiter“, ist für diejenigen, die sich gegenüber den Bürgern zu verantworten haben, nicht länger akzeptabel.

RÜSTUNG

Vielleicht illegal

Saudi-Arabien hat das von Heckler & Koch entwickelte Sturmgewehr G36 möglicherweise illegal nach Abu Dhabi ausgeführt, um es dort auf einer Waffenmesse zu zeigen. Das arabische Land besitzt von der Bundesregierung zwar eine Lizenz zur Herstellung des Gewehrs. Der Export ist aber genehmigungspflichtig. Juristen sehen zumindest eine rechtliche Grauzone. Gesetzlich liege im Zweifel ein „Überlassen“

vor, sagt der auf Exportrecht spezialisierte Anwalt Harald Hohmann. „Ich würde einem Unternehmen raten, in einem solchen Falle lieber eine Genehmigung einzuholen.“ Das Bundeswirtschaftsministerium argumentiert hingegen, das Gewehr auf der Messe auszustellen sei in Ordnung, „solange mit der Verbringung nicht die Absicht verbunden ist, die Kriegswaffe dort einem Dritten dauerhaft zu überlassen“. „Natürlich wollen sie das Gewehr verkaufen, wenn sie es auf einer Messe ausstellen“, sagt Linken-Bundestagsabgeordneter Jan van Aken. Heckler & Koch wollte sich nicht zu dem Vorgang äußern.

... mit der DuRer-Kosenzweig-Medaille 2012 ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung sei ein wichtiges Signal „für den Erhalt und die Fortentwicklung einer klugen Erinnerungskultur“, sagte die Laudatorin und Vizepräsidentin des jüdischen Weltkongresses, Charlotte Knobloch, gestern in Kassel. Das nach dem Initiator der Auschwitz-Prozesse benannte Frankfurter Institut ist auf die Erforschung des Massenmordes an den Juden während des Zweiten Weltkriegs spezialisiert.



Bundespräsident Joachim Gauck wünscht mehr Transparenz. Foto: dpa

Gauck für Offenheit bei Waffenexporten

BERLIN (dpa). Bundespräsident Joachim Gauck hat sich für mehr Transparenz bei deutschen Waffenexporten ausgesprochen. „Gute Dinge kann man in der Regel auch gut kommunizieren. In seltenen Fällen gibt es Gründe für Geheimhaltung“, sagte er dem „Spiegel“. Die meisten Deutschen kämen damit klar, dass die Sitzungen des Bundessicherheitsrates streng geheim seien. „Anderere wollen mehr wissen. Das kann ich verstehen.“ Es müsse immer wieder debattiert werden, ob Waffen auch in Diktaturen geliefert werden sollten. Dem Nachrichtenmagazin zufolge steht Saudi-Arabien unter dem Verdacht, deutsche Waffen nach Abu Dhabi weiterverkaufen zu wollen. Der Staat habe das Sturmgewehr G36 ausgeführt, um es in Abu Dhabi auf einer Waffenmesse zu zeigen, berichtet das Magazin. Juristen sähen eine rechtliche Grauzone.

Kreis Anzeiger 4.3.13
S.4